

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Einzelbestellen 2 RM. im Monat, bei Bestellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. Inland. Ausland 3,50 RM. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Inland 1 RM. 50 Pf., Ausland 2 RM. 50 Pf. Inland und Ausland. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Zeitung bei Einstellung oder Wahrung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumpolze 20 Hf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Raumpolze im letzten Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch die Redaktion eingezogen werden muß über den Auftraggeber in Rechnung gestellt. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 224 — 90. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Freitag, den 25. September 1931

## Der unüberbrückbare Abgrund

Selbst in die sonst so ruhigen, gegen die Ereignisse des Tages ziemlich verschlossenen Beratungszimmer in Genf ist die englische Währungs- und Kreditkrise in dreieckigem Strom hineingelassen: man spricht beim Völkerbund darüber, man streitet sich sogar über ihre Gründe, noch mehr allerdings darüber, was nun eigentlich geschehen soll. Draußen, außerhalb dieser Säle freilich, dürften die Völker, die den englischen Niederbruch, abgesehen von dem damit verknüpften währungs- oder kreditpolitischen Sonderproblemen, vor allem doch als eine weitere Verschärfung der allgemeinen Weltwirtschaftskrise betrachten, nun wohl sehr bald der unbescheidenen Ansicht sein, daß das Debattieren und Streiten wirklich nicht mehr „zeitgemäß“ ist, sondern diese Zeit ein sofortiges energisches Handeln verlangt, wobei es weniger auf „weitläufige Pläne“ als zunächst einmal auf möglichst beschleunigtes Einsetzen drastischer Hilfsmittel ankommt. Immer wieder wird überal die „Schaffung des Vertrauens in der Welt“ als Ziel oder vielmehr als Voraussetzung für die Beseitigung der allgemeinen Kreditkrise gefordert, fast dessen vermehrt unnötiges Streiten im Völkerbund noch das Mißtrauen gegenüber der Gegenwart, die Angst vor der immer dunkler erscheinenden Zukunft.

Läßt man als Deutscher die augenblickliche Not im eigenen Hause beiseite, so ist für uns an dem Rededuell, das sich im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes der Franzose — Finanzminister Flandin — und der englische Regierungsvorsteher Sir Arthur Salter leisteten, doch insofern etwas theoretisch Erfreuliches festzustellen, als der Engländer nun mit nüchtern-drastischen Worten auf die wirtschaftlich verhängnisvolle Hauptrolle hinweist, die bei der ganzen Weltkrise die deutschen Tributbelastungen spielen und spielen. Diese Krise habe keine wesentliche Ursache in dem fehlenden Gleichgewicht zwischen den Gläubigern und den Schuldnerländern oder, deutlicher gesprochen: Die „politischen“ Schulden sind wirtschaftsstörend und -zerstörend, weil dieser Schuldverpflichtung ja gar keine vorherige Gegenleistung der Gläubiger entspricht, die nun durch die Schuldenzahlung „stattgemacht“ wird. Wenn die Klub-Mitglieder geben soll, muß sie vorher ordentlich zu fressen erhalten! — so kann man es vielleicht noch drastischer ausdrücken. In Genf stellte daher der englische Vertreter die Mindestforderung auf: Herabsetzung der Reparationen und internationalen Zahlungen „politischer“ Art, Neuregelung dieser Reparationsfrage überhaupt und dazu schleunige Prüfung der zweiten Frage: Wie sieht die Lage aus und was soll geschehen, wenn das Hoover-Festjahr zu Ende ist? Sir Salter gibt schon selbst die Antwort: Verlängerung.

Das allein schon riefte sich gegen den Kernpunkt der vorhergegangenen Ausführungen des französischen Finanzministers Flandin über das „deutsche Problem“; er hatte gesagt: Ursache der deutschen Krise ist nicht die Reparationsverpflichtung, sondern die Kreditzurückziehung von draußen her, also „glaube ich nicht daran, daß ein Verschwinden der interalliierten Schulden und der Reparationen eine wesentliche Erleichterung der internationalen Lage herbeiführen würde“. Auch nicht eine „Gesamtlösung“, höchstens einen „politischen und moralischen“ Effekt, aber keinen wirtschaftlichen. Das ist also genau das Gegenteil dessen, was hernach der Engländer gesagt hat und eine Brücke über diesen Abgrund läßt man nicht. Unter Flandin aber steht die französische Geldmacht, an der vorbeizugehen dem bei jedem Sanierungsversuch noch aussichtsloser, unendlicher ist als in den Tagen der Pariser und der Londoner Konferenz; denn der damals schon ermattende Gegenspieler, England, ist heute kraftlos geworden, sucht selbst Hilfe.

Ganz präzise, etwa an die Sanierung eines in Schwierigkeiten geratenen Geschäftes erinnernde Vorschläge machte der Engländer hinsichtlich einer sofortigen Bekämpfung der Kreditnot in den davon betroffenen Ländern, einer Ausgleichung der Goldvorräte usw. Flandin aber hatte immer wieder von der Notwendigkeit geredet, daß sich erstens selbst jedes Land helfen sollte und zweitens, daß vor allem „das Vertrauen geschaffen“ werden müsse, die Frankreich an eine Mitarbeit, an ein Einsetzen seiner Finanzkräfte denke. Diese verbannte es ja gerade der Tatsache, daß Frankreich dem Gold der Welt die größte „Anlage-Sicherheit“ biete. Der französische Regierungsvorsteher verknüpfte also Vertrauensschaffung mit Sicherheitsklärung, unter der er und sein Land natürlich die politische „Sicherheit“ versteht. Und damit wird die gerade von Paris über London nach Genf führende Linie auch für die Zukunft vorzeichnet in einem Sinne, der der Welt im allgemeinen und Deutschland im besonderen ja nicht mehr ganz unbekannt ist.

Das Genfer Duell zwischen Flandin und nicht bloß dem Engländer, sondern der ganzen wirtschaftlich denkenden Welt, dreht sich um den Streit: Gibt es einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise ohne eine gründliche Revision bzw. Beseitigung der deutschen Tributverpflichtungen oder nicht? Die Welt sagt nein! Frankreich aber lehnt die Revision oder gar die Beseitigung der Tribute ab und verlangt „Sicherheit“ des jetzigen, des „Verfallener“ Zustandes.

## Das große Winterprogramm.

### Der bunte Strauß.

Die Not des Notprogramms.

Das Reichskabinett wird sich in seinen nächsten Sitzungen mit der Durchberatung der innenpolitischen Maßnahmen für die kommenden Wintermonate beschäftigen. Die Sachreferenten der einzelnen Ressorts werden die von ihnen ausgearbeiteten und jetzt fertiggestellten Entwürfe vortragen und begründen, und das Reichskabinett wird danach endlich seine Entscheidungen treffen. Nach den ursprünglichen Plänen, die aber bis zu ihrer abschließenden Verlesung noch einige Änderungen erfahren dürften, sollen durch die neuen Notverordnungen zunächst folgende Gegenstände geregelt werden: Die Zusammenlegung der Krisenfürsorge mit der kommunalen Arbeitslosenfürsorge soll den Gemeinden die notwendige Entlastung bringen. Die Bearbeitung der Siedlungsfrage, sowohl der ländlichen wie der im Umkreis der Städte geplanten, soll Herabsetzung der finanziellen Lasten der Arbeitslosenversicherung und gleichzeitig Beschäftigungsmöglichkeit für einen Teil der Arbeitslosen schaffen. Die Herabsetzung der Hauszinssteuer hat zum Ziel die Senkung der Mieten. Der Ausfall an Hauszinssteuermitteln sollte ursprünglich durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer ausgeglichen werden, doch scheint man von diesem Plan abgekommen zu sein und statt dessen eine Verminderung der öffentlichen Mittel für Wohnbauzwecke vorgeschlagen zu haben. Ferner kommt noch in Frage die Aufrückung der Sperre für Reichsbeamte und die Herabsetzung der Höchstpensionsgrenze, die Regelung der Naturalbezüge für Arbeitslose zur Entlastung der Bauunterstützung und eine Justizreform mit dem Ziel von Ersparnissen. Schließlich noch die in letzter Zeit ausgetauschten Pläne der Einsetzung von Sondergerichten zur beschleunigten Aburteilung von Terrorfällen, geschäftlicher Mißwirtschaft und Steuerbetrug und die Verlängerung des laufenden Haushaltsjahres um drei Monate, d. h. vom 31. März bis zum 30. Juni 1932.

Man sieht, es ist ein sehr bunter Strauß, den hier die Regierung sich zusammengestellt und zusammengebunden hat. Er ist in seiner Ausgestaltung verwirrend vielfach, und man ist versucht auszurufen: „Die Teile hab' ich in der Hand, fehlt leider nur das geistige Band.“ Es mangelt diesem Plan, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, der organisatorische Aufbau und Zusammenhang. Man hat den Eindruck, daß man von allen möglichen und unmöglichen Seiten und Enden der finanziellen und wirtschaftlichen Not der nächsten Zeit zu Leibe zu gehen versucht, man vernimmt aber in dieser Vielseitigkeit und Zerstückelung den Drehpunkt der Generaloffensive, die die Krise mitten ins Herz zu treffen geeignet erscheint.

Aber die durch die englischen und chinesischen Vorgänge durchaus veränderte außenpolitische Lage wird der aus Genf zurückgekehrte Reichsaußenminister dem Kabinett Wichtiges zu berichten haben und besonders die Auswirkungen der englischen Währungs- und Exportkrise auf den deutschen Export werden auch bei den innenpolitischen Maßnahmen scharfe Berücksichtigung finden müssen und von einschneidender Bedeutung sein.

### Die Besprechung Brüning-Curtius.

Außenpolitische Aussprache nächsten Dienstag.

Die Besprechung zwischen dem Reichkanzler und dem Reichsaußenminister über die mit dem Verlauf der Genfer Tagungen zusammenhängenden Fragen ist auf Freitag vormittag verschoben worden. Am Donnerstag nachmittag hat das Reichskabinett seine Beratungen über das Winterprogramm für den kommenden Winter fortgesetzt.

Curtius' Verhinderung über die außenpolitische Lage innerhalb des Kabinetts dürfte erst nach der Abreise der französischen Minister, also frühestens Dienstag, erfolgen.

### Nationale Opposition im Reichstag.

Eine Unterredung mit Hugenberg.

In einer Unterredung erklärte Dr. Hugenberg in Hamburg auf die Frage: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit bei nationaler Opposition beim Wiederauftritt des Reichstages? folgendes:

„Wir haben Ende August mit den Nationalsozialisten vereinbart, daß wir gemeinsam wieder im Reichstag erscheinen werden, natürlich unter dem Vorbehalt, ihn wieder zu verlassen, wenn es uns richtig erscheint. Uns ist an einer Einzelveränderung im Kabinett nichts gelegen, da wir das ganze Kabinett für rüdtüchtig halten.“

Gegenüber Bedenken, ob nicht Spannungen in der nationalen Opposition zu erwarten seien, habe ich die Auffassung, daß ein einheitliches Vorgehen der nationalen Opposition gegen die Regierung gewährleistet ist.“

### Der französische Ministerbesuch in Berlin.

Hoffnungen der französischen Wirtschaft.

Die Völkerbundversammlung nahm den umfangreichen Bericht des Wirtschaftsausschusses der Völkerbundversammlung an, der die zahlreichen von den wirtschaftlichen Organen des Völkerbundes und im Wirtschaftsausschuß selbst erörterten Fragen behandelt. Der französische Handelsminister Molins wies in einer den Bericht erläuternden Rede auf den bevorstehenden Besuch Laval und Briand in Berlin hin und erklärte, daß dieser Besuch der Ausgangspunkt einer neuen Politik der Solidarität zwischen den beiden Völkern werden und neue Grundlagen schaffen könne für die an Sicherheit und Vertrauen aufgebauten Beziehungen zwischen ihnen.

### Hindenburg empfängt Laval und Briand.

Der französische Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand haben den Wunsch ausgesprochen, anlässlich ihres Berliner Besuches vom Reichspräsident von Hindenburg empfangen zu werden.

Der Reichspräsident wird diesem Wunsche entsprechen, doch steht noch fest, wann dieser Empfang stattfinden wird. In Aussicht genommen ist bisher der Montag der kommenden Woche.

## Syndikus Tögel über die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zur sächsischen Notverordnung.

Dresden, 24. September. Die Notverordnung kurirt nur an den Symptomen. In seiner Kritik an dem Staatshaushaltsplan 1931/32 stellte der deutschnationale Landtagsabgeordnete Professor Siegert fest: „Die sächsische Regierung schied ist nur der verlängerte Arm des Kabinetts Brüning!“ Wie recht — so führte der Vorsitzende der Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei Schriftsteller Gutrafch in seiner Pressekonferenz aus — der deutschnationale Redner damals gehabt hat, beweist mit aller Deutlichkeit die Sparnotverordnung, die der sächsische Ministerpräsident jetzt dem sächsischen Volke präsentiert hat.

Landtagsabgeordneter Tögel präziserte dann die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zur sächsischen Notverordnung.

Er führte dabei folgendes aus: Die Notverordnung greift in außerordentlich weitgehender Weise in das sächsische Staats- und Kulturleben ein. Man muß zugeben, daß sich das Kabinett Schick die Arbeit nicht leicht gemacht hat. Aus der Verordnung spricht auch der Mut der Verantwortung zur Unpopularität. Die Deutschnationale Volkspartei stellt aber fest, daß sie seit einem Jahre die Regierung gewarnt hat. Sie lehnt jede Verantwortung für die Politik des sächsischen Kabinetts und damit auch für die Verordnung und ihre Folgen ab. Im ganzen gesehen, führen diese Maßnahmen die nötige Heilung nicht herbei. Neben einer Anzahl anerkannter organischer Re-

formen wird im großen Ganzen die Not rein finanziell gesehen und mechanisch zu beseitigen versucht. Die Verordnung ist kein kluges zielgerichtetes Abwenden vom Wege, sondern ein krampfhaftes Bemühen, das alte moribunde System noch einige Tage am Leben zu erhalten.

Die Verordnung stellt eine Fortsetzung und Vollendung mechanistischer Grundzüge dar, verlagert die Verantwortung aus dem Selbstverwaltungskörper in die Regierungsämter, Zentralismus und Mechanismus führen zum Verlust der Individualität und Selbstverwaltung. Weil man die organischen Lebensbeziehungen zerrissen hat, deswegen ist das heutige System zum Untergang verurteilt.

Die Notverordnung der sächsischen Regierung stützt sich auf die Reichsnotverordnung vom 24. August. Diese Verordnung des Reiches steht wider die Verfassung. Die Deutschnationale Volkspartei hat schon am 5. Juni darauf hingewiesen, daß

die Notverordnungen einen glatten Verfassungsbruch darstellen. Dies gilt auch für die sächsische Notverordnung. Die Regierung hat es vorgezogen, die Notverordnung ohne Zustimmung mit dem Parlament als Maßnahme einer Diktatur herauszugeben. Regierungen anderer Länder haben anders gehandelt. Es muß festgestellt werden, daß das Ende des parlamentarisch-demokratischen Systems in Deutschland

die Zerstörung der Bismarckschen Reichsorganisation, der Steinischen Selbstverwaltung und die Diktatur ist.